



Kreis Mettmann
Der Kreistag

Ausschuss für Schule und Kultur

Es informiert Sie:	Susanne Heinrich
Telefon:	02104/99-2041
Fax:	02104/99-5003
E-Mail:	susanne.heinrich@kreis-mettmann.de

Mettmann, den 22.05.2013

Niederschrift

zur Sitzung des Ausschusses für Schule und Kultur

Sitzungstermin Donnerstag, den 02.05.2013, 15:00 Uhr

Sitzungsort Kreishaus Mettmann, Düsseldorfer Straße 26, 40822 Mettmann, Zimmer 1.601 (großer Sitzungssaal)

Anwesend waren:

Vorsitz

Wolfgang Diedrich

Mitglieder

Erika Cebulla
Monika Dinkelmann
Karl-Heinz Göbel
Jochen Gödde
Ursula Greve-Tegeler
Jürgen Gutt
Brigitte Hagling
Thomas Hoffmann
Rainer Hübinger
Ingmar Janssen
Ursula Klützke
Martina Köster-Flashar
Klaus Rohde
Dieter Schmoll
Reinhard Schulze Neuhoff
Andrea Stracke-Knitsch
Elke Thiele
Bernd Tondorf

Verwaltung

Dr. Barbara Bußkamp
Kira Ebert
Volker Freund

Ulrike Haase
Mareike Hansmann
Susanne Heinrich
Ralf Hermann
Daniela Hitzemann
Verena Meinhold
Anette Pesler
Christin Rust
Joachim Schulz-Hönerlage

Gäste

Frau Grewer-Willwoll
Frau Kämmer
Frau Plum
Frau Schmitz
Frau Schneider
Herr Dr. Mauersberger
Herr Dr. van den Kerckhoff
Herr Ebbighausen
Herr Schidelko

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Formalien
- 1.1. Eröffnung der Sitzung
- 1.2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
- 1.3. Feststellung der Anwesenheit
- 1.4. Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 1.5. Feststellung der Tagesordnung
- 1.6. Benennung von Berichterstatterinnen / Berichterstattern für den Kreistag
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 28.02.2013
3. Informationen der Verwaltung
4. Zukunftsplanung Berufskollegs
- 4.1. Zukunftsplanung Berufskollegs 40/024/2013
- Realisierungsvorschläge zu den Handlungsempfehlungen des Gutachtens
- 4.2. Zukunftsplanung Berufskollegs 40/025/2013
- Beantwortung der Anfrage aus der Sitzung vom 28.02.2013 zu den Anmeldezahlen an den Berufskollegs des Kreises Mettmann
5. Einrichtung einer Fachklasse "IT-Fachinformatiker für Systemintegration" und "IT-Fachinformatiker für Anwendungsentwicklung" im dualen System am Adam-Josef-Cüppers-Berufskolleg in Ratingen 40/019/2013
- Antrag der CDU-Fraktion vom 25.03.2013
6. Schulstandorte 40/014/2013
- Tausch von Haupt- und Teilstandort der Leo-Lionni-Schule in Monheim am Rhein

- | | | |
|-------|--|-------------|
| 7. | Bildung von Schuleinzugsbereichen gemäß § 84 Abs. 1 Satz 1 Schulgesetz NRW
- Änderung der Rechtsverordnung für die Förderschulen in der Trägerschaft des Kreises Mettmann | 40/016/2013 |
| 8. | Ferienbetreuung und Betreuung an Freitagnachmittagen an den Förderschulen für Geistige Entwicklung
- Konzeptionen des Kreises Mettmann und der Kreisvereinigung Mettmann der Lebenshilfe e.V. | 40/017/2013 |
| 9. | Personelle Situation an den Schulen des Kreises Mettmann | 40/048/2012 |
| 10. | Offene Beschlüsse, Prüf- und Arbeitsaufträge des Ausschusses für Schule und Kultur | 40/005/2013 |
| 11. | Nachträge | |
| | Neuer Gesetzentwurf des Landes NRW zur Umsetzung der | 40/026/2013 |
| 11.1. | VN-Behindertenrechtskonvention
- Anfrage der Fraktion DIE LINKE. vom 25.04.2013 | |

Nicht öffentlicher Teil

12. Informationen der Verwaltung
13. Nachträge

Öffentlicher Teil

Zu Punkt 1: Formalien

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Anwesenheit des Ausschusses fest. Für die CDU-Fraktion wird Herr Längen durch Herrn Göbel vertreten. Frau Stracke-Knitsch vertritt Frau Gronemeyer für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Für die FDP-Fraktion wird Frau Falkenstein durch Herrn Hoffmann vertreten. Damit wird die Beschlussfähigkeit festgestellt.

Die CDU-Fraktion beantragt die Erweiterung der Tagesordnung um Punkt 11.2 zum Thema „Förderschulen“, um aktuell entstandene Fragen diskutieren zu können. Der Ausschuss sieht allerdings nicht die erforderliche Dringlichkeit hierfür. Auf Vorschlag von Herrn Janssen sollen die Tagesordnungspunkte 4.1, 4.2 und 5 aufgrund ihrer thematischen Nähe gemeinsam beraten werden. Mit diesen Ergänzungen wird die Tagesordnung einstimmig beschlossen. Als Berichterstatter im Kreistag zu den Tagesordnungspunkten 4.1, 6, 7 und 8 wird Herr Janssen von der SPD-Fraktion benannt.

Zu Punkt 2: Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 28.02.2013

Die Niederschrift der Sitzung vom 28.02.2013 wird ohne Änderungen einstimmig genehmigt.

Zu Punkt 3: Informationen der Verwaltung
--

Frau Greta Kämmer wurde mit Datum vom 23.04.2013 zur Schulleiterin der Helen-Keller-Schule in Ratingen ernannt. Dazu gratulieren Frau Haase und Herr Diedrich im Namen des Ausschusses und der Verwaltung.

Frau Haase teil mit, dass inzwischen alle Stellen der Schulaufsicht neu besetzt sind. Frau Susanne Cortinovic, Frau Daniela Körber und Frau Andrea Terwint werden sich in der kommenden Sitzung dem Ausschuss vorstellen.

Den Ausschussmitgliedern wurde als Tischvorlage ein Programmauszug zur bevorstehenden neanderland BIENNALE ausgehändigt. Das Programmheft befindet sich noch im Druck. Auf der Internetpräsenz www.neanderland-biennale.de ist das komplette Programm bereits einsehbar.

Frau Hasse berichtet über die Besichtigung der Schule an der Virneburg am 15.04.2013, zu der die Mitglieder des Ausschusses eingeladen waren. Nach zunächst zehn Anmeldungen (mind. 7 Anmeldungen erforderlich) haben leider nur vier Ausschussmitglieder den Termin tatsächlich wahrgenommen. Dieser geringen Resonanz steht ein hoher Vorbereitungsaufwand gegenüber. In der zweiten Jahreshälfte wird ein weiteres Angebot zur Besichtigung einer Schule des Kreises erfolgen. Sollte die Resonanz ebenso gering ausfallen, ist die weitere Fortführung der Schulbesichtigungen in Frage zu stellen.

Herr Freund begrüßt Frau Kira Ebert, Frau Mareike Hansmann und Frau Verena Meinhold, die für die Kommunale Koordinierung/ Neues Übergangssystem Schule Beruf unter der Leitung von Frau Pesler eingestellt wurden. Dieser Aufgabenbereich und das Team werden in der kommenden Sitzung konkreter vorgestellt werden.

Herr Freund erläutert den als Tischvorlage verteilten Flyer des Kompetenzteams Kreis Mettmann zum Fortbildungsangebot „Auf dem Weg zur inklusiven Schule“. In diesem Zusammenhang erläutert er die nächsten Schritte, die sich u.a. aus dem Prüfauftrag des Ausschusses vom 15.12.2013 zur Zukunft der Förderschulen ergeben.

- Zur nächsten Schuldezernentenkonferenz am 15.05.2013 ist die Einrichtung einer Arbeitsgruppe der Schulträger zur perspektivischen Planung von Förderschulangeboten vorgesehen.
- Am 28.05.2013 findet ein Beratungsgespräch bei der Bezirksregierung statt, um zukünftige Möglichkeiten und Optionen für Schüler/innen mit Förderbedarf Lernen bei zunehmenden inklusiven Schulangeboten zu erörtern, damit dem Elternwillen weiterhin Rechnung getragen werden kann.
- Über das 9.Schulrechtsänderungsgesetz sowie die geplante Verordnung über die Größe von Förderschulen und deren Auswirkungen für die Schullandschaft im Kreis Mettmann wird in der kommenden Sitzung gemeinsam mit der Schulaufsicht ausführlich informiert werden.
- Desweiteren ist ein Workshop in Zusammenarbeit mit Prof. Dr. Hennemann in Vorbereitung, um die Erkenntnisse aus dem Mettmanner Weg zur schulischen Inklusion zu beleuchten.
- Zu diesem Themenkomplex passend liegt eine Studie der Bertelsmann-Stiftung vor („Inklusion in Deutschland – eine bildungsstatistische Analyse“/ Prof. Klaus Klemm), die die Verwaltung auf Wunsch des Ausschusses den Fraktionssprechern per Mail zur Verfügung stellen wird.

In Absprache mit der FDP-Fraktion als Antragsteller wird die Vorstellung der Aufgaben und Inhalte des Medienzentrums auf die kommende Sitzung verschoben.

Zu Punkt 4: Zukunftsplanung Berufskollegs

Zu Punkt 4.1: Zukunftsplanung Berufskollegs - Realisierungsvorschläge zu den Handlungsempfehlungen des Gutachtens - Vorlage Nr. 40/024/2013
--

Frau Haase skizziert den bisherigen Prozess vom Beginn der Begutachtung bis zur Vorlage des Abschlussberichtes im November 2012. Sie betont, dass weiterhin Einigkeit darüber besteht, aus den Ergebnissen des Gutachtens keine übereilten Entscheidungen abzuleiten. Die Umsetzungsphase werde voraussichtlich längere Zeit in Anspruch nehmen, um auch Erkenntnisse des laufenden Dialogprozesses in die weiteren Entscheidungen einbinden zu können.

Die zu dieser Vorlage versandte Anlage mit den Bewertungen der Beteiligten und der Verwaltung ist sehr umfangreich. Um das Thema umfassend beraten zu können, sei daher vorsorglich die Möglichkeit einer zusätzlichen Sitzung des Ausschusses für Anfang Juni angekündigt worden, sofern die Fraktionen dies für erforderlich halten.

Herr Freund berichtet über die Einschätzungen der interfraktionellen Arbeitsgruppe, die am 22.04.2013 über die auf den Seiten 10-12 (der Ausarbeitung „Realisierungsvorschläge zur Zukunftsplanung Berufskollegs“) zusammengefassten Beschlussempfehlungen beraten hat. Die Arbeitsgruppe zeigte sich im Wesentlichen einverstanden, lediglich zu Ziffer 1.1.f liegt kein Konsens vor. Im Übrigen erläutert Herr Freund ausführlich die zu den einzelnen Beschlussempfehlungen erfolgten Einschätzungen.

Insgesamt ist die Anlage „Realisierungsvorschläge zur Zukunftsplanung Berufskollegs“ sowohl eine Dokumentation des bisher erfolgten Prozesses als auch die Arbeitsgrundlage für die künftig zu treffenden Entscheidungen. Hervorzuheben ist die Tatsache, dass in den Gesprächen mit den Berufskollegs ein zunehmender Kooperationsgeist herrscht und die Bedarfe der einzelnen Standorte gemeinsam betrachtet werden. Die Gesprächsforen, die bereits etabliert sind oder noch eingerichtet werden, lassen erkennen, dass die Wahrnehmung und Anerkennung der Berufskollegs als Bildungspartner nicht nur in den kreisangehörigen Städten zugenommen hat.

Vor dem Hintergrund der möglichen Veränderungen an den Berufskollegs wurden auch die Effekte auf die räumliche Situation beleuchtet. Diese wird als vertretbar eingeschätzt, da sich die tägliche Nutzungsdauer der Klassen- und Fachräume um 7 bis maximal 30 Minuten erhöht. Für das BK Ratingen hat dies zur Konsequenz, dass auf die bestehende Dependence in Lintorf zur Zeit nicht verzichtet werden kann.

Zu konkreten Aspekten sind weitere Gespräche mit den Beteiligten vereinbart, wie z.B. ein regionales Abstimmungsgespräch mit dem Schulträger Stadt Düsseldorf. Bezüglich des BK Ratingen ist für den 27.05.2013 ein bedarfsklärendes Gespräch mit Rater IT-Unternehmen und der Wirtschaftsförderung terminiert. Die Verwaltung würde es daher begrüßen, wenn der diesbezügliche Antrag der CDU-Fraktion (siehe TOP 5) zunächst zurückgestellt würde.

Noch vor den Sommerferien ist vorgesehen, gemeinsam mit den Schulleitungen der Berufskollegs und der Schulaufsicht eine Konkretisierung der Beschlussempfehlungen vorzunehmen, in die die Ergebnisse der noch ausstehenden Gespräche einfließen. Die Verwaltung empfiehlt daher, die Beschlussvorschläge vorerst zur Kenntnis zu nehmen, eine konkrete Beschlussfassung allerdings erst in der kommenden Sitzung am 19.09.2013 vorzunehmen.

Herr Freund dankt im Namen der Verwaltung allen Beteiligten für die aktive Mitwirkung am Prozess, insbesondere auch der Schulaufsicht, die durch Frau Lehmkuhl und Herrn Ebbighausen vertreten wurde.

Herr Ebbighausen unterstreicht die Notwendigkeit, Berufskollegs durch eine gestärkte Profilbildung attraktiv zu gestalten. Besonders Kreise werden es im Vergleich zu Großstädten zunehmend schwerer haben, bei weiter abnehmenden Geburtenraten die Bandbreite ihrer Bildungsangebote zu erhalten. Der im Kreis Mettmann erfolgte Begutachtungs- und Planungsprozess sei daher als vorbildlich und vorausschauend zu begrüßen. Herr Ebbighausen ermutigt dazu, der Planungsphase auch tatsächliche Entscheidungen und Veränderungen folgen zu lassen.

Herr Rohde dankt für die CDU-Fraktion auch den beteiligten Schulleitungen für die Kooperation, die als Voraussetzung erachtet wird, dass Beschlüsse in der Praxis auch getragen werden. Eine zusätzliche Sitzung des Fachausschusses wird als entbehrlich betrachtet. Stattdessen möge die Beschlussfassung in den Kreisausschuss verlagert werden, damit auch die Gesamtfraktion in die Thematik eingebunden werden kann. Bezüglich des strittigen Punktes 1.1.f (Einrichtung einer zentralen Stelle beim Kreis zu Abschöpfung von EU-Fördermitteln) hält Herr

Rohde es für wichtig, dass die Koordination für alle Berufskollegs bei der Verwaltung angesiedelt ist.

Für die SPD-Fraktion spricht Herr Janssen ebenfalls den Dank an alle Beteiligten für das jetzt vorliegende Ergebnis aus. Seine Fraktion habe sich intensiv mit den Thematik beschäftigt und könne bereits heute Zustimmung signalisieren. Dem Antrag der CDU auf Verweisung in den Kreisausschuss könne nur zugestimmt werden, sofern garantiert ist, dass die Beratung wieder in den Fachausschuss zurückdelegiert wird, falls sich in der dortigen Debatte Änderungen an den jetzt formulierten Beschlussempfehlungen ergeben.

Dazu erläutert Herr Freund, dass die Beschlussempfehlungen Nr. 9 und 10 einer Konkretisierung bedürfen, ab wann sie umgesetzt werden sollen. Sofern sich hier eine höhere Dringlichkeit abzeichnet und der Kreisausschuss dazu bereits am 01.07.2013 beschließen soll, wäre der Text auf jeden Fall zu modifizieren.

Herr Gödde meldet für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN weitergehenden Beratungsbedarf an. Insbesondere sollten die Ergebnisse der angekündigten Abstimmungsgespräche noch mit einbezogen werden können. Da keine Dringlichkeit zur Beschlussfassung erkennbar sei, wird vorgeschlagen, die Beschlussfassung dem Fachausschuss für die kommende Sitzung im September vorzubehalten.

Auch die FDP-Fraktion spricht sich dafür aus, zunächst die weiteren Gesprächsergebnisse abzuwarten und im September ein Gesamtpaket zu beschließen, das auch den Ansatz des CDU-Antrages zur Errichtung von IT-Fachklassen am BK Ratingen einbezieht. Herr Schulze Neuhoff regt an, davon unabhängig die Beschlussempfehlungen Nr. 9 und 10 bereits durch den Kreisausschuss beschließen zu lassen.

Frau Köster-Flashar weist bezüglich der Ziffer 1.1.f darauf hin, dass bereits der Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Tourismus über die Einrichtung einer zentralen EU-Fördermittelstelle beraten hat. Sie bittet um Information, ob die Fördermitteleinwerbung für die Berufskollegs an dieser Stelle einbezogen werden kann.

Frau Haase erläutert dazu, dass die Beantragung von Fördergeldern das Engagement für die eigene Schule voraussetzt. Die dezentrale Initiative sei daher zu bevorzugen, wenngleich gegenseitige Beratung vorstellbar ist.

Auf Nachfrage zu Ziffer 1.3.e1 (Aufbau eines Bildungsmonitorings) erläutert Herr Freund, dass diese Aufgabe nicht nur mit Fokus auf die Berufskollegs sondern auf gesamte Bildungsnetzwerke zukünftig von der Kommunalen Koordinierung NÜS / Regionales Bildungsnetzwerk übernommen werden soll. Erste Erkenntnisse anderer Gebietskörperschaften mit best-practice-Beispielen liegen bereits vor.

Herr Gutt gibt zu bedenken, dass momentan (doppelter Abiturjahrgang) die Entwicklung von Schülerzahlen an den Berufskollegs wenig berechenbar ist. Auch er spricht sich dafür aus, nicht verfrüht Entscheidungen zu treffen, sondern die Entwicklungen weiter zu beobachten, um flexibel und bedarfsgerecht zu agieren.

Zur Nummer 1 der Beschlussempfehlungen regt Herr Tondorf an, den zweiten Halbsatz ersatzlos zu streichen. Da sich der Kreis ohnehin an (gesetzliche) Rahmenbedingungen zu halten habe, müsse dies nicht explizit betont werden. Der Ausschuss folgt diesem Vorschlag. Demnach lautet die Beschlussempfehlung Nr. 1 nunmehr „ Die vier Standorte der Berufskollegs werden im Planungszeitraum bis 2025 beibehalten..“

Der Ausschuss ist sich schließlich einig, die Beschlussfassung zu diesem TOP in die nächste Sitzung am 19.09.2013 zu verschieben.

Abstimmungsergebnis: zurückgestellt

Zu Punkt 4.2: Zukunftsplanung Berufskollegs
- Beantwortung der Anfrage aus der Sitzung vom 28.02.2013 zu den Anmeldezahlen an den Berufskollegs des Kreises Mettmann
- Vorlage Nr. 40/025/2013

Die dargestellten Anmeldezahlen sind nach Auffassung von Herrn Rohde nur eine Momentaufnahme, aus der keine abschließenden Rückschlüsse gezogen werden können.

Herr Freund betont, dass diese Vorlage die Anfrage von Frau Cebulla aus der vergangenen Sitzung beantwortet. Es bestand die Befürchtung, dass das BK Ratingen viele Schüler/innen abweisen müsse. Die Erhebung dagegen zeigt, dass für alle Schüler/innen Angebote bestehen, wenn auch nicht immer im bevorzugten Bildungsgang.

Frau Haase weist darauf hin, dass mit der bevorstehenden Einführung von „Schüler Online“ künftig davon auszugehen ist, dass ein lückenloser Übergang auf die Berufskollegs verfolgt werden kann. Parallele Anmeldungen an verschiedenen Berufskollegs werden nicht mehr möglich sein.

Der Ausschuss für Schule und Kultur nimmt die Anmeldezahlen an den Berufskollegs des Kreises zur Kenntnis

Zu Punkt 5: Einrichtung einer Fachklasse "IT-Fachinformatiker für Systemintegration" und "IT-Fachinformatiker für Anwendungsentwicklung" im dualen System am Adam-Josef-Cüppers-Berufskolleg in Ratingen
- Antrag der CDU-Fraktion vom 25.03.2013
- Vorlage Nr. 40/019/2013

Aufgrund der Beratungen zu TOP 4.1. schlägt Frau Cebulla vor, den Antrag ihrer Fraktion auf die kommende Sitzung im September zu vertagen. Zunächst sollen die konkretisierenden Gespräche abgewartet werden.

Abstimmungsergebnis: zurückgestellt

Zu Punkt 6: Schulstandorte
- Tausch von Haupt- und Teilstandort der Leo-Lionni-Schule in Monheim am Rhein
- Vorlage Nr. 40/014/2013

Herr Rohde dankt den beteiligten Schulen für die Bereitschaft, sich auf diese Lösung einzulassen. Nach seiner Einschätzung werde die Schülerzahl für den Förderschwerpunkt Emotionale und soziale Entwicklung auch künftig kaum sinken. Daher sei es erforderlich, nach einer langfristigen Lösung für die Paul-Maar-Schule zu suchen.

Frau Haase erläutert, dass die Standortfrage der Paul-Maar-Schule für die Verwaltung hohe Priorität hat. Ohne die Initiative der Stadt Monheim am Rhein wäre die jetzige Zwischenlösung nicht denkbar gewesen. Aktuell gelte es, die Überlegungen der Südkreiskonferenz zur künftigen Ausgestaltung der Förderschulen für Emotionale und soziale Entwicklung voranzutreiben und auf das gesamte Kreisgebiet auszuweiten. Trotz zunehmender inklusiver Beschulung werde es weiter Bedarf für diese Förderschulform geben.

Auf Nachfrage erklärt Herr Freund, dass nicht geplant ist, auch die Dependence der Paul-Maar-Schule von der Otto-Hahn-Straße nach Baumberg umzuziehen. Zunächst müsse der Prozess zur Neustrukturierung dieser Schulform abgewartet werden, um zu entscheiden, ob die Auflösung der Dependence zielführend ist.

Beschluss:

Der Kreistag des Kreises Mettmann beschließt gemäß § 81 Abs. 2 in Verbindung mit § 78 Abs. 6 Schulgesetz NRW unter Änderung der Beschlüsse vom 30.06.2003 (Errichtungsbeschluss der Leo-Lionni-Schule) und 20.12.2010 (Schülerweiterungsbeschluss) den bisherigen Schulhaupt- und den bisherigen Schulteilstandort der Leo-Lionni-Schule (Förderschule des Kreises Mettmann) zum Beginn des Schuljahres 2013/2014 zu tauschen.

Im Übrigen bleiben die Beschlüsse vom 30.06.2003 und 20.12.2010 unberührt.

Die Bezeichnung und die Anschrift der Förderschule lautet mit Beginn des Schuljahres 2013/2014:

Leo-Lionni-Schule
Förderschule des Kreises Mettmann

mit dem Förderschwerpunkt Sprache
- Primarstufe -
im kooperativen Verbund mit dem Förderschwerpunkt Lernen
im integrativen Verbund mit dem Förderschwerpunkt Emotionale und soziale Entwicklung
- Primarstufe und Sekundarstufe I -

Hauptstandort: Krischerstraße 31
Teilstandort: Geschwister-Scholl-Straße 69

40789 Monheim am Rhein

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 7:	Bildung von Schuleinzugsbereichen gemäß § 84 Abs. 1 Satz 1 Schulgesetz NRW - Änderung der Rechtsverordnung für die Förderschulen in der Trägerschaft des Kreises Mettmann - Vorlage Nr. 40/016/2013
--------------------	--

Der Ausschuss stimmt dem Beschlussvorschlag zu diesem Tagesordnungspunkt ohne weitergehende Diskussion einstimmig zu.

Beschluss:

Der Kreistag des Kreises Mettmann beschließt gemäß § 84 Abs. 1 Schulgesetz NRW die anliegende Rechtsverordnung über die Bildung von Schuleinzugsbereichen für die Förderschulen in der Trägerschaft des Kreises Mettmann.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 8:	Ferienbetreuung und Betreuung an Freitagnachmittagen an den Förderschulen für Geistige Entwicklung - Konzeptionen des Kreises Mettmann und der Kreisvereinigung Mettmann der Lebenshilfe e.V. - Vorlage Nr. 40/017/2013
--------------------	--

Der Ausschuss begrüßt die zeitnahe Realisierung der Ferienangebote. Die Umsetzung müsse ausgewertet und die Angebote weiter entwickelt werden. Es wird angeregt, bei der Fortschreibung des Konzeptes auch Eltern einzubinden.

Die Verwaltung bestätigt, dass auf Basis der Erfahrungen in den Sommerferien das Angebot ab 2014 auch auf die Oster- und Herbstferien ausgeweitet werden soll.

Frau Haase stellt auf Nachfrage klar, dass die Gestaltung der Betreuung an Freitagnachmittagen nicht in der Verantwortung der Verwaltung liegt. Diesbezüglich soll eine unmittelbare vertragliche Regelung zwischen den Eltern und der Lebenshilfe getroffen werden.

Herr Hermann erläutert, dass es sich bei den für die Ferienangebote eingesetzten FSJ-Kräfte um jene handelt, die bereits während des Schuljahres der Schule vom Schulträger zur Verfügung gestellt werden und somit den Kindern bereits vertraut sind.

Der Vorsitzende lässt über die Beschlussvorschläge Nr. 1 (Kreistag) und Nr. 2 (Kreisausschuss) zusammen abstimmen.

Beschluss:

1. Der Kreistag des Kreises Mettmann beschließt das Konzept über die Durchführung einer Ferienbetreuung an den Förderschulen für Geistige Entwicklung in der Trägerschaft des Kreises Mettmann.
2. Beim Produkt 03.02.03 (Schule an der Virneburg) werden für das Jahr 2013 für die Durchführung der Ferienbetreuung weitere 1.500 € freigegeben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 9: Personelle Situation an den Schulen des Kreises Mettmann - Vorlage Nr. 40/048/2012

Frau Haase erinnert daran, dass die Darstellung der personellen Situation an den kreiseigenen Schulen wie immer nur eine Momentaufnahme darstellt, die einem stetigen Wandel unterzogen ist. Insgesamt sei das Ergebnis zufriedenstellend.

Herr Gödde macht darauf aufmerksam, dass aufgrund einer neuen Regelung z.B. bei Personalausfall durch Schwangerschaft diese Stellen nicht mehr im vollen Umfang ersetzt werden dürfen. Dies gelte mindestens für Gymnasien. Er bittet um Information, ob diese Regelung auch für Förderschulen Geltung hat. Die Verwaltung sichert die Beantwortung im Rahmen der Niederschrift zu, da diese Problematik bislang nicht bekannt war.

Antwort:

An den Förderschulen stellt sich die Situation derzeit so dar, dass Stellen von Lehrerinnen, die nach der Schwangerschaft in die Elternzeit wechseln, vom Land NRW zeitnah nachbesetzt werden.

Zu Engpässen bei der Stellenbesetzung kann es dann kommen, wenn bei einer Lehrerin während der Schwangerschaft ein Beschäftigungsverbot ausgesprochen werden muss, weil durch die berufliche Betätigung eine Gefahr für das ungeborene Leben entsteht. Das notwendige Beschäftigungsverbot wird rechtlich als Krankheit der Lehrkraft gewertet.

In diesem Fall hängt das "Ob" und das "Wann" einer Vertretungsbesetzung durch das Land NRW davon ab, ob noch ausreichende Mittel im Landesbudget für Krankheitsvertretungen zur Verfügung stehen.

Der Ausschuss für Schule und Kultur nimmt den Bericht der Verwaltung zur personellen Situation an den kreiseigenen Schulen im Schuljahr 2012/13 zur Kenntnis.

Zu Punkt 10: Offene Beschlüsse, Prüf- und Arbeitsaufträge des Ausschusses für Schule und Kultur - Vorlage Nr. 40/005/2013
--

Bezüglich des Auftrages unter Nummer 4 weist Herr Tondorf darauf hin, dass für September eine Änderung der Rechtsverordnung über die Größe von Förderschulen erwartet wird, wonach die Schulen mit dem Förderschwerpunkt Lernen im Kreis Mettmann wegen zu geringer Schülerzahlen künftig nicht mehr zu halten sein werden. Der Handlungsbedarf sei akut, da diese Rechtsänderung schon länger abzusehen war.

Frau Haase berichtet dazu, dass den Schuldezernenten der kreisangehörigen Städte bereits der Vorschlag unterbreitet wurde, eine Arbeitsgruppe einzurichten, die sich mit der Frage von möglichen Schulzusammenlegungen befasst. In der Vergangenheit war diese Thematik noch nicht für alle Städte akut. Inzwischen liegt allerdings ein gemeinsames Interesse vor, diese Problematik zu lösen, so dass Bewegung in die Gespräche kommt.

Herr Gödde und Herr Tondorf betonen, dass nicht der Erhalt einzelner Schulen Vorrang haben darf, sondern geeignete sonderpädagogische Förderangebote aufrecht erhalten werden müssen. Eltern müssen die Wahl haben können, welche Schulform und Förderung für ihr Kind die passendste ist.

Der Ausschuss für Schule und Kultur nimmt den Bericht der Verwaltung über die Beschlusskontrolle 2012 zur Kenntnis.

Zu Punkt 11: Nachträge

Zu Punkt 11.1: Neuer Gesetzentwurf des Landes NRW zur Umsetzung der VN-Behindertenrechtskonvention - Anfrage der Fraktion DIE LINKE. vom 25.04.2013 - Vorlage Nr. 40/026/2013
--

Frau Haase bietet an, die Anfrage der Fraktion DIE LINKE. im Rahmen der Niederschrift zu beantworten. Sie weist darauf hin, dass die Verwaltung einzelne Fragen in dieser konkreten Form nicht beantworten kann, weil sie sich auf die ministerielle Ebene beziehen.

Herr Gutt erläutert die Anfrage seiner Fraktion. Es sei unverständlich, dass der Ausschuss bislang nicht über die Schwierigkeiten in der praktischen Umsetzung der zunehmend inklusiven Beschulung informiert worden sei. Dies habe man erst durch Presseberichte erfahren müssen.

Frau Haase erläutert, dass die Verwaltung die Umsetzung der inklusiven Beschulung mit Augenmaß gestaltet. Bei auftauchenden Schwierigkeiten sei die Schulverwaltung jederzeit ansprechbar. Im konkreten Beschwerdefall handele es sich allerdings um eine städtische Schule, so dass kein Anlass bestand, dies im hiesigen Ausschuss zu erörtern.

Auf Nachfrage erläutert Herr Freund, dass es regelmäßige Gesprächsrunden der Kompetenzzentren für sonderpädagogische Förderung und der Schulaufsicht gebe. Ein Erfahrungsbericht über die Ergebnisse in den Pilotregionen wurde von der Bezirksregierung erstellt. *(Dieser wurde den Fraktionssprechern am 21.05.2013 per Mail übersandt.)*

Die Beantwortung der Anfrage ist dieser Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

Der Vorsitzende stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Nicht öffentlicher Teil

[...]

Ende der Sitzung: 17:09 Uhr

gez.
Wolfgang Diedrich

gez.
Susanne Heinrich